

Vermiedene Netznutzungsentgelte für dezentrale KWK-Bestandsanlagen

Debatte über Abschaffung riskiert Vertrauen: Gefahr für Investitionen in Versorgungssicherheit!

Kernforderungen:

Der VKU lehnt den ersatzlosen Entfall der vermiedenen Netznutzungsentgelte (vNNE) für bestehende steuerbare Stromerzeuger entschieden ab. Er bedroht den Weiterbetrieb dringend benötigter Anlagen, insb. KWK-Anlagen:

- Vertrauen in gesetzgeberische Festlegungen, getroffen in 2017 mit dem Netzentgeltmodernisierungsgesetz, würden maßgeblich verletzt.
- Vertrauensbrüche im Rechtssystem führen grundsätzlich zu Risikoaufschlägen bei Investitionen am Standort Deutschland (drohen u.a. bei der Kraftwerksstrategie).
- Negative Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit, die Strompreise, die Stromnetze sowie den Ausbau der Wärmenetze können die Folge der Abschaffung sein.
- Mit Blick auf die Stromnetzstabilität ist zu befürchten, dass durch die Abschaffung weniger flexibel steuerbare elektrische Leistung zur Verfügung stünde.
- Die netzdienlichen Auswirkungen der dezentralen Einspeisung sind von höchstrichterlicher Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bis heute anerkannt.
- Eine nachhaltige Entlastung der Netznutzer im Strombereich durch die Abschaffung ist nicht erkennbar. Hingegen besteht die Gefahr von Preissteigerungen in der Fernwärme, da die vNNE-Erlöse kostendämpfend berücksichtigt werden.

vNNE geben Dezentralität einen Wert

Mit der „Wachstumsinitiative“ vom 5. Juli 2024 kündigte die Bundesregierung an, „die Auszahlungen „vermiedener Netzentgelte“

an Stromerzeuger in Verteilernetzen [zu] überprüfen“. Damit droht sie erneut eine Debatte zu eröffnen, die bereits im Zuge der Strompreisbremsen geführt und vom Parlament beendet wurde. Die Energiewirtschaft vertraut darauf, dass die Politik zu Entscheidungen des Gesetzgebers und klaren energiepolitischen Leitlinien steht, um Planungs- und Investitionssicherheit nicht zu gefährden!

Die vNNE sind besonders für dezentrale KWK-Anlagen von entscheidender Bedeutung. Diese Anlagen tragen maßgeblich zur sicheren, klimafreundlichen und verlässlichen Versorgung mit Fernwärme bei. Durch die Vergütung der Einspeisung in niedrigere Netzebenen wird die Wirtschaftlichkeit dieser dezentralen KWK-Anlagen gesichert. Eine Abschaffung der vNNE würde die kleineren KWK-Anlagen stromseitig in den ausschließlichen Wettbewerb mit großen zentralen Kraftwerken am Strommarkt zwingen, dem sie nicht ohne Weiteres standhalten können. Eine Welle von Anlagenstilllegungen könnte die Folge sein. Denn Unternehmen haben auf die langfristige Gültigkeit der vNNE vertraut und sie in ihre Wirtschaftlichkeitsberechnung einbezogen. **Die kurzfristige Abschaffung dieser Regelung untergräbt das Vertrauen in die Stabilität und Vorhersehbarkeit gesetzlicher Rahmenbedingungen, was zukünftige Investitionen in den Energiesektor gefährden, mindestens jedoch verteuern könnte.**

Zukunftsfeste Regelung der vNNE ist bereits erfolgt

Bereits 2017 wurden die vNNE durch das Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG) deutlich reduziert. Seitdem sanken sie von 2,5 Milliarden Euro auf 1 Milliarde Euro in 2020 und haben sich auf diesem Niveau stabilisiert. Die Reduktion wurde durch den sachgerechten Wegfall für volatile Einspeiser seit 2020 und spezielle Übergangsregelungen für nicht-volatile dezentrale Einspeiser erreicht. Seit 2023 erhalten auch neue dezentrale Anlagen keine

vNNE mehr. Zusätzlich wurde die Höhe der vNNE auf Basis der Entgelte der vorgelagerten Netzebene des Jahres 2016 gedeckelt. Diese Regelung führt dazu, dass die vNNE bereits jetzt stark eingeschränkt sind. **Eine weitere Beschneidung dieses Instruments ist daher weder sinnvoll noch notwendig. Der VKU appelliert an die Politik, der Branche den notwendigen Vertrauensschutz entgegenzubringen. Nur so kann Versorgungssicherheit gewährleistet und die Wärmewende sozialverträglich und erfolgreich umgesetzt werden.**

Mit vNNE Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit sichern!

Investitions- und Planungssicherheit gewährleisten: Die Abschaffung der vNNE würde die Investitions- und Planungssicherheit erheblich beeinträchtigen. Betreiber dezentraler steuerbarer Stromerzeuger, wie KWK-Anlagen, haben ihre Geschäftsmodelle und Investitionsentscheidungen unter Einbeziehung der vNNE getroffen. Ohne diese finanziellen Anreize wären viele Projekte nicht mehr wirtschaftlich tragfähig. Auch weitere Dekarbonisierungsprojekte könnten durch fehlende Einnahmen in Mitleidenschaft gezogen werden. Insgesamt droht eine Verlangsamung des Aus- und Umbaus der Wärmenetze. **Der VKU fordert daher die Beibehaltung der vNNE, um langfristige Planungssicherheit und stabile Investitionsbedingungen zu gewährleisten.**

Gesicherte Leistung erhalten: Ohne Vertrauen wird es keine Investitionen in gesicherte Leistung geben. Diese sind aber zwingend erforderlich, um den Kohleausstieg 2030 zu realisieren, ohne dass es zu einer Versorgungslücke in Deutschland kommt. Die Abschaffung der vNNE würde zum einen zu Vertrauensverlust führen. Zum anderen würde sie sich negativ auf die aktuelle Versorgungssicherheit auswirken. Ohne die vNNE könnten viele der steuerbaren Stromerzeuger nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden, was zu einem Rückgang der gesicherten Leistung führen würde. Angesichts der drohenden Kapazitätslücke in 2030 wäre die Abschaffung der vNNE fahrlässig. **Der VKU plädiert für den Erhalt der vNNE, um die kontinuierliche Bereitstellung gesicherter Leistung und eine hohe Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Eine Abschaffung würde aktuelle Maßnahmen der Bundesregierung, wie die Kraftwerksstrategie, konterkarieren.**

Netzstabilität sichern: Die Steuerbarkeit von dezentralen Erzeugungsanlagen trägt wesentlich zur Netzstabilität bei. Durch ihre Fähigkeit, flexibel auf Schwankungen im Stromnetz zu reagieren, helfen diese Anlagen, die Netzfrequenz stabil zu halten und Ausgleichsenergie bereitzustellen. Dies ist besonders wichtig in einem Energiemarkt, der zunehmend von volatilen erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarenergie dominiert wird. **Der VKU betont die Bedeutung der vNNE, um die Verfügbarkeit steuerbarer Leistung und die Stabilität des Stromnetzes zu sichern. Durch eine Abschaffung würden die bereits absehbaren Herausforderungen bei dem Erhalt der Netzstabilität weiter verschärft.**

Akzeptanz durch bezahlbare Energie erhalten: Die Abschaffung der vNNE würde zu erheblichen finanziellen Einbußen bei kommunalen Unternehmen führen, die letztlich auf die Verbraucher gewälzt werden müssten. Höhere Strom- und Fernwärmepreise wären die Folge, was die Bezahlbarkeit der Energieversorgung besonders für private Haushalte und kleine Unternehmen in den betroffenen Versorgungsgebieten beeinträchtigen würde. Dezentrale Anlagen helfen, Netzengpässe zu vermeiden und langfristig Kosten zu sparen. **Der VKU fordert den Erhalt der vNNE, um zusätzliche finanzielle Belastungen für die Verbraucher zu vermeiden. Eine Abschaffung würde nur vordergründig für eine Entlastung bei den Netzentgelten sorgen, kann sich im Gegenteil aber zu einer erheblichen Belastung von Verbrauchern auswachsen.**

Wärmewende vorantreiben: Erlöse aus den vNNE werden genutzt, um in die Klimaneutralität von Wärmenetzen zu investieren. Die Abschaffung der vNNE würden diese Investitionen gefährden und die Erreichung der Klimaziele erheblich erschweren. **Der VKU setzt sich für die Beibehaltung der vNNE ein, um die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen. Eine Abschaffung würde den Klimaschutz ausbremsen.**

Chancengleichheit bewahren: Die vNNE sind entscheidend, um die strukturellen Nachteile des sog. Handlungspunktkonzeptes auszugleichen. Es sieht vor, dass alle Stromerzeuger ihren Strom in einen virtuellen Handlungspunkt einspeisen, aus dem die Verbraucher ihren Strom - unabhängig vom physischen Energiefluss - beziehen. Diese Entkopplung entzieht jedoch dezentralen Erzeugern wie KWK-Anlagen ihren Standortvorteil. Um die durch das Handlungspunktkonzept entstehenden Wettbewerbsverzerrungen zwischen zentralen Großkraftwerken und dezentralen KWK-Anlagen zu beseitigen, sind die vNNE notwendig. **Der VKU betont die Wichtigkeit der vNNE, um diese strukturellen Nachteile auszugleichen und die wirtschaftliche Grundlage für dezentrale KWK-Anlagen zu sichern.**

Fazit: Die vNNE sind essenziell für Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Dekarbonisierung. Diese übergeordneten Ziele dürfen nicht gefährdet werden. Deutschland braucht Investitionen für die Strom- und Wärmewende und Investoren dafür Planungssicherheit. Die Abschaffung der vNNE würde das Vertrauen in die Politik untergraben und langfristige negative Folgen für Investitionen in die Energiewende haben. **Der VKU und seine Mitglieder sind Partner der Politik für eine klimaneutrale Energieversorgung und müssen sich auf politische Rahmenbedingungen verlassen können.**

Ihre Ansprechpartner im VKU

Dr. Kai Roger Lobo
Telefon 030 58580-140
E-Mail: lobo@vku.de

Florian Feldhoff
Telefon: 030 58580-386
E-Mail: feldhoff@vku.de